

Satzung

MIND FOUNDATION gGMBH

§ 1 FIRMA, SITZ, GEGENSTAND

- (1) Die Gesellschaft führt die Firma: **MIND Foundation gGmbH**.
- (2) Sitz der Gesellschaft ist in Berlin.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ gemäß des Abschnitts Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung (AO). Zweck der Gesellschaft ist
 - a) die Förderung von Wissenschaft und Forschung
 - b) die Förderung der Bildung
 - c) die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, entsprechende Beteiligungen zu erwerben, zu halten, zu verwalten und zu veräußern sowie alle Maßnahmen zu veranlassen, die unmittelbar oder mittelbar geeignet sind, den angegebenen gemeinnützigen Zweck der Gesellschaft zu fördern.

§ 2 GEMEINNÜTZIGKEIT

- (1) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die
 1. **Förderung von Wissenschaft und Forschung**, dies wiederum durch
 - a. Förderung wissenschaftlicher Aktivitäten wie Publikationen und Unterstützung von Wissenschaftlern (z.B. in Form öffentlich zugänglicher Stipendien) in Gebieten wie der Bewusstseins- und Hirnforschung sowie Durchführung wissenschaftlicher Projekte in der Grundlagenforschung zu diesen Bereichen (unter Ausschluss klinischer Anwendungsforschung). Die Gesellschaft verpflichtet sich zur zeitnahen Publikation der Forschungsergebnisse.
 - b. Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland und weltweit zum Zwecke der Verbesserung der Patientenversorgung.

2. Förderung von Bildung

- a. Wissenschaftlich fundierte Weiterbildung für Ärzte, Psychotherapeuten, Apotheker, Sozialarbeitende, Juristen und verwandter Berufe zur Förderung der Evidenzbasierung und gesellschaftlichen Akzeptanz evidenz-basierter Therapie mit und ohne psychedelischen Substanzen sowie verwandter Methoden.
- b. Fortbildung von Vertretern von Regierungsbehörden, Gesetzesvertretern, Richtern, Staatsanwälten, Juristen im Allgemeinen sowie der Polizei zum Verständnis von Veränderten Wachbewusstseinszuständen und psychoaktiven Substanzen sowie zur Vorbeugung von Schäden.
- c. Fortbildung und Beratung von Ärztekammern, Psychotherapeuten und der Landesvertretungen anderer Berufsgruppen im Öffentlichen Gesundheitswesen zur Erstellung von Regulatorien und Richtlinien für den ethisch, juristisch und gesundheitlich einwandfreien Umgang mit psychoaktiven Substanzen im Rahmen von Heilversuchen und Selbsterfahrungskontexten.
- d. Beratung von Erziehungsberechtigten und Minderjährigen

3. Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, dies wiederum durch

- a. Erstellung und Durchführung von Präventionsprogrammen und Harm Reduction-Maßnahmen zur Vorbeugung von Schäden beim klinischen Gebrauch, in Kontexten der Selbsterfahrung und beim rekreativen Gebrauch von psychoaktiven Substanzen in nicht-professionellen Kontexten
- b. Aufklärung der Öffentlichkeit über Potentiale und Risiken veränderter Wachbewusstseinszustände sowie von pharmakologischen und nicht-pharmakologischen Methoden zur Erlangung derselben

- (2) Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter (Mitglieder) erhalten keine Zuwendungen und Gewinnanteile aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen also keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft (Körperschaft) oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück, soweit in dieser Satzung nicht vollständig ausgeschlossen.
- (3) Die Gesellschaft kann auch anderen, ebenfalls steuerbegünstigten Gesellschaften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen oder einer geeigneten öffentlichen Behörde finanzielle oder sachliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn diese Stellen mit den Mitteln Maßnahmen nach Maßgabe der Zwecke dieser Gesellschaft fördern.
- (4) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch dem Zweck der Gesellschaft fremde Ausgaben oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (5) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft an

FINDER gem. e.V., betahaus Berlin, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 3 DAUER DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft beginnt mit der Eintragung in das Handelsregister. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet.

§ 4 STAMMKAPITAL, GESCHÄFTSANTEIL

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft ist eingeteilt in 25.000 Geschäftsanteilen mit den laufenden Nummern 1 bis 25.000 im Nennbetrag von jeweils 1,00 EUR.
- (2) Hiervon haben übernommen:
 - a) **Dr. sc. hum. Henrik Jungaberle** 10.625 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 1 bis 10.625 gegen Bareinlage in Höhe der Nennbeträge;
 - b) **Dr. med. Andrea Jungaberle** 10.625 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 10.626 bis 21.250 gegen Bareinlage in Höhe der Nennbeträge.
 - c) **Maximilian von Heyden** 1.250 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 21.251 bis 22.500 gegen Bareinlage in Höhe der Nennbeträge.

- d) **Mind and Brain Institute GmbH**, (Geschäftsanschrift: Gärtnerstrasse 6, 55270 Zornheim, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Mainz unter HRB 47803, vertreten durch ihren alleinvertretungsberechtigten, von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Geschäftsführer Prof. Dr. med. Gerhard Gründer, wohnhaft Gärtnerstrasse 6, 55270 Zornheim), 2.500 Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 22.501 bis 25.000 gegen Bareinlage in Höhe der Nennbeträge

Die Geschäftsanteile sind sofort in Höhe von 50 % einzuzahlen.

§ 5A GESCHÄFTSFÜHRUNG UND VERTRETUNG

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder einem Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.
- (2) Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung kann einem oder mehreren Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden.
- (3) Alle Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
- (4) Die Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb der Gesellschaft hinausgehen.
- (5) Die rechtlichen Vorgaben des jeweils geltenden Gemeinnützigkeitsrechts sind einzuhalten. Die Geschäftsführer erhalten Aufwendungsersatz und bei erforderlicher beruflicher Beschäftigung eine angemessene Vergütung in den Grenzen des gemeinnützigkeitsrechtlich Zulässigen.
- (6) Absätze 1. bis 5. gelten für Liquidatoren entsprechend.

§ 5B BESTELLUNG DES GESCHÄFTSFÜHRERS

Als Geschäftsführer werden bestellt:

Dr. sc. hum. Henrik Jungaberle, geb. 19.12.1967 (wohnhaft, Karl-Marx-Allee 116, 10243 Berlin)

Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft alleine.

§ 6 GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

- (1) Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung gefasst. Sind alle stimmberechtigten Gesellschafter einverstanden, so kann eine Beschlussfassung auch in jeder anderen Form, auch telefonisch, per E-Mail oder mittels sonstiger digitaler Kommunikationsmittel erfolgen. Auch in diesem Fall gelten die Vorschriften über die Erstellung einer Niederschrift entsprechend.
- (2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung, die über die Feststellung des Jahresüberschusses und über die Entlastung der Geschäftsführung beschließt, ist bis zum 30. August des Folgejahres durchzuführen. Im Übrigen ist die Gesellschafterversammlung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen und nach pflichtgemäßem Ermessen der Geschäftsführer einzuberufen und wenn es einem Gesellschafter im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Wenn die Geschäftsführung einen mit Gründen versehenen Antrag auf Einberufung der Gesellschafterversammlung ablehnt, kann jeder Gesellschafter eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einberufen.
- (3) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer oder durch mindestens zwei der Gesellschafter selbst einberufen. Die Ladung erfolgt unter Angabe von Ort, Tag, Zeit und einer Tagesordnung schriftlich an die zuletzt der Gesellschaft bekannt gegebenen Adresse jedes Gesellschafters. Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen. Dabei werden der Tag der Absendung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet. Mit der Einladung sind die Tagesordnung und die Beschlussgegenstände bekannt zu geben. Wurde die Gesellschafterversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen, können Beschlüsse nur mit Zustimmung aller Gesellschafter gefasst werden.
- (4) Die Gesellschafter einigen sich per Mehrheitsbeschluss über den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung. Sollte durch Enthaltung kein Beschluss zum Vorsitz zustande kommen, so führt der Gesellschafter mit dem größten Geschäftsanteil den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung, hilfsweise wird die Gesellschafterversammlung vom ältesten erschienenen Gesellschaftsmitglied geleitet.
- (5) Jeder Gesellschafter kann sich durch einen Mitgesellschafter [ggf. ergänzungsfähig] aufgrund von Vollmacht in Textform vertreten lassen. Die Vorlage einer Vollmacht in Textform ist für die Wirksamkeit der Beschlussfassung nicht erforderlich, wenn dies vom Versammlungsvorsitzenden nicht verlangt wird.
- (6) Die Gesellschafterversammlung findet am Satzungssitz der Gesellschaft oder einem anderen, von der Geschäftsführung bestimmten Ort statt. Gesellschafterversammlungen können auch unter Verwendung internetbasierter Videotelefoniedienste abgehalten werden (z.B. ZOOM oder Skype).
- (7) Über die Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Versammlungsvorsitzenden und dem Protokollführenden zu unterzeichnen und spä-

testens innerhalb von einem Monat nach Beendigung der Gesellschafterversammlung an alle Gesellschafter an die zuletzt bekannt gegebene Adresse zu versenden ist. Das Protokoll hat die Ladung, Ort und Tag der Gesellschafterversammlung, die anwesenden oder vertretenen Gesellschafter, den Ablauf der Tagesordnung, die festgestellten und verkündeten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse zu enthalten. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift sind innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Versammlungsniederschrift gegenüber der Gesellschaft zu erheben; andernfalls verfällt der Einwand. Alle entsprechenden Protokolle sind von der Geschäftsführung der Gesellschaft zeitlich sortiert zu verwahren.

- (8) Beschlüsse können nur innerhalb von einem Monat nach Zugang der Beschlussniederschrift beim jeweiligen Gesellschafter oder sonstiger zweifelsfreier Kenntnis des Gesellschafters von dem Inhalt des gefassten Beschlusses angefochten werden. Sofern der anfechtende Gesellschafter bei der Beschlussfassung anwesend ist, beginnt die Frist vorrangig mit der Beschlussfeststellung und Verkündung durch den Vorsitzenden der Versammlung. Maßgeblich für den Fristablauf ist der frühere von mehreren möglichen Zeitpunkten.

§ 7 WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

(1) Die Gesellschaft hat einen Wissenschaftlichen Beirat. Der Wissenschaftliche Beirat berät die Gesellschaft und Geschäftsführer unabhängig in allen Fragen der Gesellschaftsentwicklung.

(2) Der Wissenschaftliche Beirat kommt mindestens einmal im Jahr mit den Gesellschaftern für die Ausübung seiner Beratungsfunktion zusammen. Dies kann auf Beschluss der Gesellschafterversammlung auch elektronisch über Videokonferenz-Systeme geschehen.

(3) Die Rechte und Pflichten des beratenden Wissenschaftlichen Beirats werden in einer Beiratsordnung von den Gesellschaftern geregelt.

§ 8 PARTIZIPATIONSBEIRAT

(1) Die Gesellschaft hat einen Partizipationsbeirat. Der Partizipationsbeirat berät die Gesellschaft und Geschäftsführer in allen Fragen der Gesellschaftsentwicklung.

(2) Der Partizipationsbeirat besteht aus zwölf natürlichen Personen. Diese werden für die Dauer von 24 Monaten zur Hälfte durch den Förderverein MIND Foundation e.V. und zur anderen Hälfte durch die Mitarbeiter der MIND Foundation gGmbH gewählt.

(3) Der Partizipationsbeirat wählt einen Vertreter/eine Vertreterin, der/die den Partizipationsbeirat in der Gesellschafterversammlung vertritt.

(4) Der Partizipationsbeirat tritt mindestens viermal im Jahr zur Ausübung seiner Beratungsfunktion zusammen.

(5) Der Partizipationsbeirat wird über die Termine der Gesellschafterversammlungen mindestens zwei Wochen im Voraus informiert.

(6) Der Partizipationsbeirat verfügt über folgende Rechte:

Initiativrechte:

- Tagesordnungspunkte auf die Agenda der Gesellschafterversammlung zu setzen und über die Entscheidungen der Gesellschafterversammlung ausschließlich zu den von ihm eingebrachten Tagesordnungspunkten innerhalb von zwei Wochen nach der Versammlung ordentlich informiert zu werden (Agenda-Mitgestaltungsrecht)
- Sitzungen des Partizipationsbeirats nach eigenem Ermessen anzuberaumen, durchzuführen und deren Ergebnisse der Geschäftsführung und den Gesellschaftern zur Verfügung zu stellen (Sitzungs- und Anhörungsrecht)
- in Fragen der Personalentwicklung auf eigene Initiative beratend mitzuwirken, insbesondere zur Konfliktlösung durch die Mitarbeiter angerufen und von der Geschäftsführung zu allen Fragen der Mitarbeiterentwicklung gehört zu werden (Beratungsrecht in Personalfragen)

Informationsrechte:

- einmal im Jahr über die wirtschaftliche und inhaltliche Entwicklung der Gesellschaft ausführlich und persönlich informiert zu werden (Informationsrecht)

(7) Alle weiteren Rechte und Pflichten des beratenden Partizipationsbeirats werden in einer Beiratsordnung von den Gesellschaftern geregelt.

§ 9 GESCHÄFTSJAHR UND JAHRESABSCHLUSS

- (1) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Der Jahresabschluss (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) ist von der Geschäftsführung in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres für das vorangegangene Jahr aufzustellen. Der aufgestellte Jahresabschluss ist den Gesellschaftern unverzüglich vorzulegen.

§ 10 VERFÜGUNG ÜBER GESCHÄFTSANTEILE

Die Verfügung über Gesellschaftsanteile ist nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung zulässig. Die Zustimmung bedarf einer Mehrheit von wenigstens 75 Prozent der Stimmen aller Gesellschafter. Die verbliebenen Gesellschafter haben ein Vorkaufsrecht im Verhältnis ihrer Stammeinlagen. Macht ein Gesellschafter nicht innerhalb einer Frist von drei Wochen davon Gebrauch, geht das Vorkaufsrecht anteilig auf die verbliebenen Gesellschafter und danach auf die Gesellschaft über.

§ 11 AUSTRITT VON GESELLSCHAFTERN

- (1) Jeder Gesellschafter kann den Austritt aus der Gesellschaft erklären. Der Austritt kann jederzeit erfolgen, wenn ein wichtiger Grund im Sinne des allgemeinen Gesellschaftsrechts vorliegt. In den übrigen Fällen ist der Austritt sechs Monate vor dem Ende des Geschäftsjahres zulässig.
- (2) Im Fall der Austrittserklärung gelten die Vorschriften gemäß § 10 über die Einziehung bzw. Abtretung auf Verlangen der Gesellschaft und die Abfindung nach § 11 (Ausschluss jeglicher Abfindung) entsprechend.

§ 12 EINZIEHUNG

- (1) Die Einziehung eines Geschäftsanteils kann mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit erfolgen.

Ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters kann ein Geschäftsanteil eingezogen werden, wenn

- das Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Gesellschafters eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in den Geschäftsanteil des Gesellschafters oder daraus folgende Rechte betrieben werden und diese nicht innerhalb von zwei Monaten nach Vornahme der Vollstreckungshandlung wieder aufgehoben werden,
- der Gesellschafter seinen Austritt aus der Gesellschaft erklärt, oder

- in der Person des Gesellschafters ein wichtiger Grund eingetreten ist, der eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter als unzumutbar erscheinen lässt.
- (2) Die Einziehung erfolgt durch Gesellschafterbeschluss und ist von der Geschäftsführung in vertretungsberechtigter Zahl dem betroffenen Gesellschafter mitzuteilen. Der Gesellschafterbeschluss bedarf einer Mehrheit von 2/3 der stimmberechtigten Stimmen. Das Stimmrecht des Gesellschafters, dessen Geschäftsanteil eingezogen werden soll, zählt bei der erforderlichen Mehrheit nicht mit und ist ausgeschlossen. Er ist jedoch befugt, an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen. Mit dem Beschluss über die Einziehung ist gleichzeitig sicherzustellen, dass das Stammkapital der Gesellschaft wieder mit der Summe der Nennbeträge der Geschäftsanteile übereinstimmt.
 - (3) Die Gesellschaft kann auch beschließen, dass der betroffene Gesellschafter seinen oder seine Geschäftsanteile auf die Gesellschaft oder einen oder mehrere von der Gesellschaft zu benennende Dritte zu übertragen hat. Die Gesellschaft, vertreten durch ihre Geschäftsführung in vertretungsberechtigter Zahl, wird unwiderruflich ermächtigt und bevollmächtigt, unter Befreiung von § 181 BGB die Geschäftsanteilsabtretung in Vollzug des Beschlusses vorzunehmen. Für den Zeitpunkt des Wirksamwerdens gelten die Bestimmungen im folgenden Absatz entsprechend.
 - (4) Mit dem Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Einziehung scheidet der betroffene Gesellschafter sofort aus der Gesellschaft aus. Im Einziehungsbeschluss kann auch ein späterer Zeitpunkt des Ausscheidens beschlossen werden. In jedem Fall ruht das Stimmrecht ab der Beschlussfassung.

§ 13 ABFINDUNG

- (1) Scheidet ein Gesellschafter aus, so ist keine Abfindung zu zahlen. Auch die geleisteten Stammeinlagen werden nicht zurückgewährt.
- (2) Die Gesellschafterversammlung kann abweichend von Abs. 1 mit einer Mehrheit von 2/3 der stimmberechtigten Stimmen beschließen, eine Abfindung zu zahlen. Die Abfindung ist auf die Einlage in Höhe des Buchwertes zum Einbringungszeitpunkt beschränkt und ist nur zu zahlen, soweit diese nicht durch Verlust aufgezehrt wurde.
- (3) Die Abfindung ist im Fall des Abs. 2 in drei gleich hohen Raten zu zahlen. Die erste Rate ist sechs Monate nach dem Vollzug des Ausscheidens fällig, die folgenden Raten jeweils ein Jahr später. Das restliche Abfindungsguthaben ist jährlich mit 2 Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen. Die Gesellschafter können eine vorzeitige Auszahlung des Auszahlungsguthabens beschließen.

- (3) Die vorstehenden Regelungen zum Ausschluss jeglicher Abfindung gelten auch für den Fall, dass die Gesellschaft statt der Einziehung die Abtretung des Geschäftsanteils oder der Geschäftsanteile an einen von ihr zu benennenden Dritten, Mitgesellschafter oder die Gesellschaft selbst beschließt.

§ 14 AUSSCHIEDEN UND TOD VON GESELLSCHAFTERN

- (1) Das Ausscheiden oder der Tod eines Gesellschafters führt nicht zur Auflösung der Gesellschaft. Die verbleibenden Gesellschafter haben unverzüglich einen Beschluss zu den Modalitäten der Fortführung zu fassen.
- (2) Erben und Vermächtnisnehmer eines Gesellschafters sind verpflichtet, aus der Gesellschaft auszuscheiden.
- (3) Der ausscheidende Gesellschafter bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer haben den Geschäftsanteil nach Maßgabe eines Gesellschafterbeschlusses mit der Mehrheit der Stimmen der übrigen Gesellschafter ganz oder geteilt an einen oder mehrere Gesellschafter, an die Gesellschaft oder an von der Gesellschaft zu benennende Dritte zu übertragen oder die Einziehung der Geschäftsanteile zu dulden.
- (4) Der ausscheidende Gesellschafter, der Erbe oder Vermächtnisnehmer ist, erhält eine Abfindung. Der Abfindungsanspruch ist auf die Einlage in Höhe des Buchwertes zum Einbringungszeitpunkt beschränkt, soweit diese nicht durch Verlust aufgezehrt wurde.

§ 15 BEKANNTMACHUNGEN

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Bundesanzeiger oder in einem Organ, das eventuell an dessen Stelle treten sollte.

§ 16 SCHLUSSBESTIMMUNGEN / GRÜNDUNGS-AUFWAND

Die Ungültigkeit einzelner Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages berührt nicht seine Wirksamkeit im Übrigen. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung einer Lücke ist eine angemessene Regelung zu vereinbaren, die dem am nächsten kommt, was die Vertragschließenden unter Berücksichtigung von der Tendenzausrichtung der Gesellschaft gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie den Punkt bedacht hätten. Beruht die Ungültigkeit auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung, so tritt an ihre Stelle das gesetzlich zulässige Maß.

Statutes MIND FOUNDATION gGMBH

§ 1 COMPANY NAME, REGISTERED OFFICE, OBJECT

- (1) The name of the company is: **MIND Foundation gGmbH.**
- (2) The registered office of the company is in Berlin.
- (3) The Company exclusively and directly pursues charitable purposes within the meaning of the section "Tax-privileged purposes" as defined in the section "Tax-privileged purposes" of the German Fiscal Code (AO). The purpose of the Society is
 - a) the promotion of science and research
 - b) the promotion of education
 - c) the promotion of public health and public health care.

The Society is entitled to participate in other enterprises, to acquire, hold, manage and dispose of corresponding participations and to initiate all measures which are directly or indirectly suitable to promote the stated charitable purpose of the Society.

§ 2 NON-PROFIT STATUS

- (1) The purpose of the Articles of Association shall be achieved in particular by

1. Promotion of science and research, in turn through

- a. Promotion of scientific activities such as publications and support of scientists (e.g. in the form of publicly available grants) in areas such as consciousness and brain research as well as the implementation of scientific projects in basic research on these areas (excluding clinical application research). The Society is committed to the timely publication of research results.
- b. Cooperation with universities and non-university research institutions in Germany and worldwide for the purpose of improving patient care.

2. Promotion of education

- a. Scientifically based continuing education for physicians, psychotherapists, pharmacists, social workers, lawyers and related professions to promote evidence-based and social acceptance of evidence-based therapy with and without psychedelic substances and related methods.
- b. Provide continuing education to representatives of government agencies, law enforcement officials, judges, prosecutors, legal professionals in general, and law enforcement to understand altered states of wakefulness and psychoactive substances and how to prevent harm.
- c. To educate and advise medical associations, psychotherapists, and the professional associations of other public health professionals to establish regulations and guidelines for the ethical, legal, and sanitary use of psychoactive substances in healing experiments and self-awareness contexts.
- d. Counseling of legal guardians and minors

3. Promoting public health and public health care, in turn by

- a. Creating and implementing prevention programs and harm reduction measures to prevent harm in clinical use, self-awareness contexts, and recreational use of psychoactive substances in nonprofessional contexts
- b. Educating the public about the potentials and risks of altered states of waking consciousness and pharmacological and nonpharmacological methods of achieving them.

(2) The funds of the Society may only be used for the purposes set forth in the Articles of Association. The associates (members) shall not receive any benefits or shares in profits from the funds of the Society. The partners may therefore not receive any shares in the profits or any other allocations from the funds of the Company. They shall receive no more than their paid-up capital shares and the fair value of their contributions in kind back upon their withdrawal or upon dissolution of the company (corporation) or upon discontinuation of tax-privileged purposes, unless fully excluded in these Articles of Association.

- (3) The Corporation may also make financial or material resources available to other likewise tax-privileged companies, corporations, institutions and foundations or to a suitable public authority if these bodies use the funds to promote measures in accordance with the purposes of this Corporation.
- (4) The Society shall act selflessly; it shall not primarily pursue its own economic purposes. No person may be favored by expenses unrelated to the purpose of the Society or by disproportionately high remuneration.
- (5) In the event of the dissolution of the Society or the discontinuation of tax-privileged purposes, the assets of the Society shall go to

FINDER gem. e.V., betahaus Berlin, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

which must use them directly and exclusively for non-profit, charitable or ecclesiastical purposes.

§ 3 DURATION OF THE SOCIETY

The Company shall commence upon entry in the Commercial Register. The company shall be established for an indefinite period.

§ 4 SHARE CAPITAL, SHARE OF BUSINESS

- (1) The share capital of the Company shall be divided into 25,000 shares with the consecutive numbers 1 to 25,000, each with a nominal value of EUR 1.00. The shares shall be issued in the form of bearer shares.
- (2) Of these, the following have taken over
 - a) **Dr. sc. hum. Henrik Jungaberle** 10,625 shares with the following serial numbers No. 1 to 10,625 against cash contribution in the nominal amounts;
 - b) **Dr. med. Andrea Jungaberle**, 10,625 shares with the following serial numbers no. 10,626 to 21,250 against cash contribution in the amount of the nominal amounts.
 - c) **Maximilian von Heyden** 1,250 shares with serial numbers no. 21,251 to 22,500 against cash contribution in the amount of the nominal amounts.
 - d) **Mind and Brain Institute GmbH**, (business address: Gärtnerstrasse 6, 55270 Zornheim, entered in the Commercial Register of the Local Court of Mainz under

HRB 47803, represented by its managing director Prof. Dr. med. Gerhard Gründer, who has sole power of representation and is exempt from the restrictions of Section 181 of the German Civil Code (BGB), residing at Gärtnerstrasse 6, 55270 Zornheim), 2,500 shares with serial numbers 22,501 to 25,000 against cash contribution in the amount of the nominal amounts.

The shares are to be paid up immediately in the amount of 50 %.

§ 5A MANAGEMENT AND REPRESENTATION

- (1) The company shall have one or more managing directors. If only one managing director has been appointed, he shall represent the company alone. If more than one managing director has been appointed, the company shall be represented by two managing directors jointly or by one managing director jointly with a procurator.
- (2) By resolution of the General Meeting, one or more Managing Directors may be granted sole power of representation.
- (3) All managing directors are exempt from the restrictions of § 181 BGB.
- (4) The managing directors require the prior consent of the shareholders' meeting for all transactions which go beyond the ordinary business of the company.
- (5) The legal requirements of the respective applicable non-profit law shall be complied with. The managing directors shall receive reimbursement of expenses and, in the case of required professional employment, appropriate remuneration within the limits of what is permissible under non-profit law.
- (6) Paragraphs 1. to 5. shall apply mutatis mutandis to liquidators.

§ 5B APPOINTMENT OF THE MANAGING DIRECTOR

The following shall be appointed as managing directors

Dr. sc. hum. Henrik Jungaberle, born 19.12.1967 (resident, Karl-Marx-Allee 116, 10243 Berlin).

The managing director represents the company alone.

§ 6 SHAREHOLDERS' MEETING

- (1) Resolutions of the shareholders shall be adopted at the shareholders' meeting. If all shareholders with voting rights agree, resolutions may also be adopted in any other form, including by telephone, e-mail or other digital means of communication. In this case, too, the provisions on the preparation of minutes shall apply accordingly.
- (2) The ordinary shareholders' meeting shall be convened at least once a year. The shareholders' meeting which resolves on the determination of the annual net profit and on the discharge of the management shall be held by August 30 of the following year. Otherwise, the shareholders' meeting shall be convened in the cases provided for by law and at the due discretion of the managing directors and if it appears necessary to a shareholder in the interest of the company. If the management rejects a reasoned request to convene a shareholders' meeting, any shareholder may convene an extraordinary shareholders' meeting.
- (3) The partners' meeting shall be convened by the managing directors or by at least two of the partners themselves. The summons shall be sent in writing to the address of each shareholder last notified to the company, stating the place, date, time, and an agenda. The notice period shall be at least two weeks. The day of dispatch and the day of the meeting shall not be counted. The agenda and the items to be resolved shall be announced with the invitation. If the partners' meeting has not been properly convened, resolutions may only be passed with the consent of all partners.
- (4) The partners shall agree by majority vote on the chairmanship of the partners' meeting. If no resolution on the chairmanship is reached by abstention, the shareholder with the largest share shall chair the shareholders' meeting; alternatively, the shareholders' meeting shall be chaired by the oldest member of the company present.
- (5) Each shareholder may be represented by a co-shareholder [possibly capable of being supplemented] on the basis of a power of attorney in text form. The submission of a power of attorney in text form is not required for the effectiveness of the resolution if this is not requested by the chairman of the meeting.
- (6) The shareholders' meeting shall be held at the registered office of the company or at another place determined by the management. Shareholders' meetings may also be held using Internet-based video telephony services (e.g., ZOOM or Skype).
- (7) Minutes of the shareholders' meeting shall be drawn up and signed by the chairman of the meeting and the person taking the minutes and shall be sent to all shareholders at their last known address within one month of the end of the shareholders' meeting at the latest. The minutes shall contain the invitation, place and date of the shareholders' meeting, the shareholders present or represented, the agenda, the resolutions adopted and announced and the voting results. Objections to the correctness of the minutes must be raised with the company within four weeks of receipt of the minutes of the meeting; otherwise, the objection shall lapse. All

corresponding minutes shall be kept by the management of the Company in a chronologically sorted manner.

- (8) Resolutions may only be contested within one month of receipt of the minutes of the meeting by the respective shareholder or if the shareholder is otherwise aware of the content of the resolution adopted beyond doubt. If the contesting shareholder is present at the adoption of the resolution, the period shall commence with priority with the adoption and announcement of the resolution by the chairman of the meeting. The earlier of several possible points in time shall be decisive for the expiry of the deadline.

§ 7 SCIENTIFIC ADVISORY BOARD

- (1) The Society shall have a Scientific Advisory Board. The Scientific Advisory Board advises the Society and the Executive Directors independently on all questions concerning the development of the Society.
- (2) The Scientific Advisory Board shall meet at least once a year with the Shareholders for the purpose of exercising its advisory function. This may also be done electronically via video conferencing systems upon resolution of the shareholders' meeting.
- (3) The rights and duties of the advisory Scientific Advisory Board shall be regulated by the shareholders in an Advisory Board Charter.

§ 8 PARTICIPATION ADVISORY BOARD

- (1) The Company shall have a Participation Advisory Board. The Participation Advisory Board shall advise the Company and the Managing Directors on all matters relating to the development of the Company.
- (2) The Participation Advisory Board shall consist of twelve natural persons. Half of them are elected for a period of 24 months by the Förderverein MIND Foundation (MIND Members Association) e.V. and the other half by the employees of MIND Foundation gGmbH.
- (3) The Participation Council elects a representative to represent the Participation Council in the Shareholders' Meeting.
- (4) The Participation Advisory Board shall meet at least four times a year to exercise its advisory function.
- (5) The Participation Advisory Board shall be informed of the dates of the shareholders' meetings at least two weeks in advance.

(6) The Participation Advisory Board shall have the following rights:

Initiative rights:

- To place agenda items on the agenda of the shareholders' meeting and to be duly informed about the decisions of the shareholders' meeting exclusively on the agenda items submitted by it within two weeks after the meeting (right of agenda co-determination).
- to schedule and hold meetings of the Participation Advisory Board at its own discretion and to make the results of such meetings available to the management and the shareholders (right to hold meetings and to be heard)
- to participate in an advisory capacity in matters of personnel development on its own initiative, in particular to be called upon by employees to resolve conflicts and to be heard by the management on all matters of personnel development (right of consultation in personnel matters)

Information rights:

- To be informed once a year in detail and personally about the economic and content-related development of the Company (right to information).

(7) All other rights and duties of the advisory participation advisory board shall be regulated by the shareholders in advisory board rules.

§ 9 FISCAL YEAR AND ANNUAL FINANCIAL STATEMENTS

(1) The financial year shall be the calendar year.

(2) The annual financial statements (balance sheet and profit and loss account) shall be prepared by the management in the first three months of the financial year for the preceding year. The prepared annual financial statements shall be submitted to the shareholders without delay.

§ 10 DISPOSAL OF SHARES

The disposal of shares in the company shall only be permissible with the consent of the shareholders' meeting. Such consent shall require a majority of at least 75 percent of the votes of all shareholders. The remaining shareholders shall have a right of first refusal in proportion to their capital contributions. If a shareholder does not exercise this right within a period of three weeks, the right of first refusal shall pass proportionately to the remaining shareholders and thereafter to the company.

§ 11 WITHDRAWAL OF SHAREHOLDERS

- (1) Each shareholder may declare his withdrawal from the company. Withdrawal may be effected at any time if there is good cause within the meaning of general company law. In other cases, resignation shall be permitted six months before the end of the financial year.
- (2) In the event of a declaration of withdrawal, the provisions of § 10 on redemption or assignment at the request of the Company and compensation pursuant to § 11 (exclusion of any compensation) shall apply mutatis mutandis.

§ 12 REDEMPTION

- (1) A share may be redeemed at any time with the consent of the shareholder concerned.

A share may be redeemed without the consent of the shareholder concerned if

- insolvency proceedings are opened against the assets of a shareholder or are rejected for lack of assets,
- compulsory enforcement measures are taken against the shareholder's share or rights arising therefrom and these are not rescinded within two months of the enforcement action being taken,
- the shareholder declares his withdrawal from the company, or
- an important reason has arisen in the person of the shareholder which makes further trusting cooperation with the shareholder appear unreasonable.

- (2) The withdrawal shall be effected by shareholders' resolution and shall be notified to the shareholder concerned by the management in a number entitled to represent the company. The shareholders' resolution shall require a majority of 2/3 of the votes entitled to vote. The voting right of the shareholder whose share is to be withdrawn shall not count towards the required majority and shall be excluded. However, he shall be entitled to participate in the shareholders' meeting. The resolution on the

redemption shall at the same time ensure that the share capital of the company again corresponds to the sum of the nominal amounts of the shares.

- (3) The company may also resolve that the shareholder concerned shall transfer his share(s) to the company or to one or more third parties to be named by the company. The Company, represented by its management in a number authorized to represent it, shall be irrevocably authorized and empowered, with exemption from Section 181 of the German Civil Code (BGB), to effect the transfer of shares in execution of the resolution. The provisions of the following paragraph shall apply mutatis mutandis to the time at which the resolution takes effect.
- (4) Upon adoption of the resolution on the redemption, the shareholder concerned shall immediately cease to be a member of the Company. The resolution on redemption may also specify a later date for withdrawal. In any case, the voting right shall be suspended as of the passing of the resolution.

§ 13 COMPENSATION

- (1) If a shareholder withdraws, no severance payment shall be made. The capital contributions made shall also not be returned.
- (2) Notwithstanding subsection 1, the partners' meeting may resolve to pay a severance payment with a majority of 2/3 of the votes entitled to vote. The compensation shall be limited to the contribution in the amount of the book value at the time of contribution and shall only be paid to the extent that it has not been consumed by loss.
- (3) In the case of para. 2, the compensation shall be paid in three equal installments. The first installment shall be due six months after completion of the resignation, the subsequent installments one year later. The remaining settlement credit shall bear interest at 2 percent above the respective prime rate per annum. The shareholders may resolve to make an early payment of the settlement credit.
- (3) The above provisions on the exclusion of any compensation shall also apply in the event that the Company decides to assign the share or shares to a third party to be named by it, to co-partners or to the Company itself instead of withdrawing them.

§ 14 WITHDRAWAL AND DEATH OF SHAREHOLDERS

- (1) The withdrawal or death of a shareholder shall not lead to the dissolution of the company. The remaining partners shall immediately adopt a resolution on the modalities of continuation.
- (2) Heirs and legatees of a Shareholder shall be obliged to withdraw from the Company.
- (3) The withdrawing shareholder or his heirs or legatees shall, in accordance with a shareholders' resolution adopted by a majority of the votes of the remaining shareholders, transfer the share in whole or in part to one or more shareholders, to the company or to third parties to be designated by the company, or tolerate the withdrawal of the shares.
- (4) The withdrawing shareholder who is an heir or legatee shall receive a settlement. The claim to compensation shall be limited to the contribution in the amount of the book value at the time of contribution, insofar as this has not been absorbed by loss.

§ 15 ANNOUNCEMENTS

Announcements of the Company shall be made only in the German Federal Gazette (Deutscher Bundesanzeiger) or in such organ as may replace it.

§ 16 FINAL PROVISIONS / FORMATION EXPENSES

The invalidity of individual provisions of this partnership agreement shall not affect its validity in other respects. In place of the invalid provision or in order to fill a gap, an appropriate provision shall be agreed which comes as close as possible to what the contracting parties intended, taking into account the tendency of the company, or would have intended according to the sense and purpose of the contract, had they considered the point. If the invalidity is based on a performance or time provision, it shall be replaced by the legally permissible measure.